

Bischof Oster

21. September 2019

Jährlich 100.000 Abtreibungen sind ein „ungeheuerlicher Skandal“



Nach Angaben des Veranstalters nahmen an dem Marsch für das Leben 8.000 Menschen teil. Foto: idea/Steffen Ryll

Berlin (idea) – Dass in Deutschland jährlich etwa 100.000 ungeborene Kinder abgetrieben werden, ist ein „ungeheuerlicher Skandal“. Das sagte der katholische Bischof von Passau, Stefan Oster. Er sprach beim „Marsch für das Leben“ am 21. September vor dem Deutschen Reichstag in Berlin.

Nach Angaben des Veranstalters nahmen an dem Marsch 8.000 Menschen teil. Während der Kundgebung wurde die Bühne von Gegendemonstranten gestürmt und von der Polizei geräumt. Zudem war die Demonstration vorübergehend durch eine Sitzblockade unterbrochen.

Bischof Oster zufolge werden täglich knapp 300 ungeborene Kinder getötet. Dies entspreche etwa zehn Schulklassen. Weltweit würden jedes Jahr über 50 Millionen ungeborene Kinder abgetrieben. Durch Abtreibungen würden damit mehr Menschen getötet als durch Kriege, Seuchen und Naturkatastrophen.

Kinder mit Behinderung sind am meisten bedroht

Nach Osters Worten sind ungeborene Kinder mit Behinderung die „am tödlichsten bedrohte Gruppe von Menschen“. Rund 90 Prozent der Kinder mit der Diagnose Down-Syndrom würden abgetrieben. Ein Pränataltest auf Trisomie 21 als Kassenleistung werde diese Quote noch erhöhen. Wer sich für den Schutz des Lebens von Anfang bis Ende einsetze, müsse dies auch für den Schutz von Menschen auf der Flucht tun.

Oster appellierte Frauen, die ungewollt schwanger oder in psychischer oder materieller Not sind, sich an die Kirche zu wenden. Man sei bereit zu helfen und zu unterstützen. Oster: „Kommen Sie zu uns!“

Weihbischof Wörner: Für die eintreten, die keine Stimme haben

Im ökumenischen Abschlussgottesdienst sagte der katholische Weihbischof Florian Wörner (Augsburg), der Mensch sei kein Produkt des Zufalls, sondern verdanke sich dem Willen und der Liebe des Schöpfers. Jeder Mensch sei von Gott unendlich geliebt. Gegenüber dem ungeborenen Leben mache sich jedoch Gleichgültigkeit breit. Christen müssten für diejenigen eintreten, die am schwächsten sind und keine Stimme haben.

Grußwort von Papst Franziskus

Papst Franziskus schickte ein Grußwort an die Teilnehmer. Darin heißt es, jeder Mensch sei gleich wertvoll. Daher sei es die Pflicht von Christen, aufzustehen, wenn das Recht auf Leben und die Würde des Menschen bedroht, ausgehöhlt und untergraben werde.

Auch der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Reinhard Kardinal Marx (München), sandte ein Grußwort. Ferner nahmen am diesjährigen Marsch von katholischer Seite Bischof Rudolf Voderholzer (Regensburg), Bischof Wolfgang Ipolt (Görlitz) und Weihbischof Matthias

Heinrich (Berlin) teil.

Die Deutsche Evangelische Allianz war durch ihren Vorsitzenden, Pastor Ekkehart Vetter (Mülheim an der Ruhr), vertreten. Ebenfalls beteiligt war der Bischof der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK), Hans-Jörg Voigt (Hannover).

Grußworte schickten der Generalsekretär des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden (Baptisten- und Brüdergemeinden), Christoph Stiba (Wustermark bei Berlin), und der Präses des Bundes Freier evangelischer Gemeinden, Ansgar Hörsting (Witten).

Warum die EKD kein Grußwort schickte

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) beteiligte sich nicht mit einem Grußwort an der Demonstration. Auf Anfrage von idea erklärte eine Sprecherin, die EKD setze sich auf vielfältige Weise für den Schutz des Lebens ein. Besonderes Augenmerk liege dabei auf der ökumenischen „Woche für das Leben“. Die EKD teile nicht alle Aussagen der Veranstalter des „Marsches für das Leben“. Dennoch würden regelmäßig Grußworte Leitender Geistlicher aus EKD-Gliedkirchen an die Teilnehmer verfasst.

Grußworte schickten die evangelischen Landesbischöfe Frank Otfried July (Stuttgart) und Carsten Rentzing (Dresden). Veranstalter des „Marsches für das Leben“ ist der Bundesverband Lebensrecht, dessen Vorsitzende ist Alexandra Maria Linder (Weuspert/Sauerland).

Gegen den Marsch hatte ein „Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung“ demonstriert, welches unter anderem von den Parteien Bündnis 90/Die Grünen und „Die Linke“ unterstützt wird. Das Bündnis fordert, die Paragraphen 218 und 219 Strafgesetzbuch zu streichen und damit ein Recht auf Abtreibung zu schaffen.

© 2019 idea e.V.